



Presseschau vom 26.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: „Widerspricht US-Interessen“: Moskau zu neuen Sanktionen seitens Washingtons

Das russische Außenministerium hat mit Befremden und Enttäuschung auf die jüngste Entscheidung der USA reagiert, neue Sanktionen gegen acht russische Firmen zu verhängen. Der Schritt fügt Russland laut Außenamtssprecherin Maria Sacharowa zwar keinen großen Schaden zu, untergräbt jedoch den gemeinsamen Kampf gegen den Terror. „Dieses neue Sanktions-Paket bringt uns natürlich keine großen Probleme. Doch die Amerikaner haben nicht einmal einen Grund genannt. Sie haben sich nur auf ihr Gesetz berufen, das ihnen selbst eine Zusammenarbeit mit dem Iran und Syrien untersagt“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

Der Schritt könne jedoch für den Kampf gegen den internationalen Terror, den Washington zu seiner Priorität erklärt habe, sehr schädlich sein: „Dieser Schritt widerspricht den Erklärungen aus Washington über die Vorrangigkeit des Kampfs gegen den Terror, der sich unter anderem in Syrien eingenistet hat.“

Das offizielle Washington tanze schon wieder nach der Pfeife derjenigen, die sich eine konsequente Zerstörung der russisch-amerikanischen Kooperation zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hätten, so die Außenamtssprecherin weiter. „Diese Personen suchen schon seit

Langem nicht mehr nach Feinden dort, wo es sie wirklich gibt. Ein solches Vorgehen entspricht ganz offensichtlich nicht den Interessen der US-Sicherheit.“

Am vergangenen Samstag hatte Washington neue Sanktionen gegen acht russische Firmen verhängt. Betroffen sind unter anderem das staatliche Rüstungsunternehmen Rosoboronexport sowie Zivilluftfahrt-Firmen und Ausbildungszentren für Piloten. Die US-Behörden begründeten die Entscheidung mit dem Gesetz über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Syrien, den Iran und Nordkorea betrifft. Was genau den russischen Firmen vorgeworfen wird, hat man im US-Außenministerium jedoch nicht präzisiert.

Laut einem Vertreter der US-Behörde haben die neuen Sanktionen jedoch mit den breiteren wirtschaftlichen Restriktionen, die 2014 nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland eingeführt wurden, nichts zu tun.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Kalinowka und Krutaja Gora.**

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Armee insgesamt 911 Panzergeschosse, Artilleriegeschosse der Kalibers 122 und 152mm, Mörsergeschosse der Kalibers 120mm und 82mm auf die frontnahen Städte und Bezirke der DVR abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Die ukrainischen Streitkräfte haben auch aktiv Granatwerfer, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen verwendet. Die Zahl der Beschüsse mit diesen Arten von Waffen des Gegners in Richtung DVR hat in den letzten 24 Stunden 1500 überschritten.

Nach Angaben der Quelle wurden von den ukrainischen Truppen beschossen: **die Umgebung von Donezk, darunter das Gebiet des ehemaligen Flughafens und das Volvo-Zentrum, die Siedlungen Alexandrowka und Trudowskije im Westen der Hauptstadt, die Siedlung Jelenowka südwestlich der Stadt; Jasinowataja und die in der Nähe liegenden Dörfer Jakowlewka, Shabitschewo und Spartak; die Gorlowker Siedlungen Schirowkaja Balka, Sajzewo und Oserjanowka; Dokutschajewsk und das Dorf Staromarjewka; Nabereshnoje im Telmanowo-Bezirks der Republik sowie Oktjabrj, Sosnowskoje, Sachanka, Leninskoje, Kominternowo und Kulikowo im Nowoasowskij-Bezirk der DVR.**

Die angespannteste Situation hat sich in Richtung Donezk entwickelt. Gerade dort ist aus Richtung des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Awdejewka mit nur kurzen Zeiträumen der Ruhe über die gesamten 24 Stunden hin geschossen worden. Ebenfalls wurde über die gesamten 24 Stunden hin im Süden der Republik aus Richtung des vom Gegner kontrollierten Mariupol geschossen.

„Gestern um 10:00 ist ein Haus in der Krasnaja-Swesda-Straße 56 durch einen Geschosstreffer in Brand geraten. Die Feuerwehr konnte es wegen der Beschüsse nicht erreichen. In zwei weiteren Häusern auf der Karnawalnaja-Straße und der Lukjanenko-Straße wurden Fensterscheiben beschädigt“, teilte der Leiter der Verwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit.

Nach Angaben der örtlichen Behörden gibt es keine Toten und Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung.

De.sputniknews.com: Schießerei im Zentrum von Kiew

Im Zentrum von Kiew ist es der Nacht zum Sonntag zu einer Schießerei gekommen, wie ukrainische Medien berichten. Dabei ist ein Mensch verletzt worden. Die Polizei nahm zwei Personen fest.

„Im Zentrum von Kiew in der Jemeljanowitsch-Pawlenko-Straße ist es zu einer Schießerei gekommen, ein Mann wurde verletzt“, hieß es auf der Webseite des ukrainischen TV-Senders „Obschtschestwennoje Telewidenije“.

Der Vorfall habe sich vor einem Restaurant ereignet. Nach vorläufigen Angaben war es zu der Schießerei nach einem Streit gekommen.

Ein Mann wurde dem Sender zufolge am Bein verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei hat eigenen Angaben nach zwei Personen festgenommen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31381/74/313817432.jpg>

Dan-news.info: Informationen des Ministeriums für Industrie und Handel (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern (der Betriebe, die unter äußere Leitung gestellt wurden - Anm. d. Übers.) werden im Weiteren entsprechend den gültigen Gesetzen der DVR und unter Erhalt aller Arbeitsrechte und arbeitsrechtlichen Garantien der Arbeiter aufgebaut sein“, teilte das Ministerium mit.

Die Arbeitsbücher der Arbeiter, die der Gesetzgebung der Ukraine entsprechen, werden auf dem Territorium der DVR weiter gelten.

„Die Arbeiter, die durch die Annahme des Erlasses Nr. 461 vom 24.6.2016 „über die Bestätigung der Listen der Produktionsbereiche, Arbeiten, Berufe, Ämter und Kennziffer, bei denen die Beschäftigung das Recht auf Altersrente nach erleichterten Bedingungen bietet“ durch das Kabinett der Ukraine das Recht auf erleichterten Eintritt in die Altersrente verloren haben – und das sind mehr als 500 Kategorien von Arbeiten unter schädlichen und schweren Arbeitsbedingungen – erhalten dieses Recht durch den Übergang der Unternehmen unter die Jurisdiktion der DVR zurück“, teilte das Industrieministerium weiter mit.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Iskander-Stationierung in Kaliningrad: Moskau lehnt Forderung der Nato ab

Entgegen westlicher Medieninformationen wird Russland der Nato keinerlei Berichte über die Stationierung seiner Raketensysteme Iskander in der Ostsee-Exklave Kaliningrad erstatten. Das teilte Andrej Kelin, Ressortleiter Gesamteuropäische Zusammenarbeit im russischen Außenministerium, am Sonntag mit.

Der „Spiegel“ hatte berichtet, die Nato habe von Moskau einen Bericht über die Stationierung der Iskander-Raketen gefordert. Nach Informationen des Magazins soll der russische General Sergej Orlow beim anstehenden Nato-Russland-Rat am 30. März in Brüssel eine Stellungnahme darüber abgeben.

„Es wird keinen Bericht geben. Darum geht es nicht“, sagte Kelin. Nach seinen Angaben wird es bei dem Treffen einen „Meinungsaustausch zu Themen geben, die bei beiden Seiten Besorgnis erregen“.

Russland werde seine Besorgnisse über die Stationierung der Nato-Bataillone in Polen und im Baltikum, die Nato hingegen die russischen Militärübungen im Westen des Landes, im Kaukasus und auf der Krim zur Sprache bringen. Bei dem Treffen auf Botschafterebene werde es um „Transparenz und Abbau der gegenseitigen Besorgnisse“ gehen, betonte Kelin. Zuvor hatte Moskau bereits die Iskander-Stationierung in Kaliningrad mit der andauernden Hochrüstung der Nato vor den russischen Grenzen begründet. Außenminister Sergej Lawrow verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass Russland – im Gegensatz zu den USA – die Waffen auf eigenem Staatsgebiet stationiere.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **74 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Am intensivsten hat der Gegner unter Anwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen folgende Ortschaften beschossen:

Shabitschewo, Jasinowataja, Jakowlewka, Dokutschajewsk, Jelenowka, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka, Spartak, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk. Insgesamt wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **24 Ortschaften** der Republik mit schwerer Artillerie (Kaliber 152mm und 122mm), Panzern, Mörsern (Kaliber 120mm und 82mm) sowie Schützenpanzer-, Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge des Feuers von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden sieben Wohnhäuser beschädigt, in Trudowskije in der Lukjanenko-Straße 17, der Krasnaja-Swesda-Straße 56, der Karnawalnaja-Straße 77 und in Dokutschajewsk in der Watutin-Straße 9, Wohnung 47, der Zentralnaja-Straße 85, Wohnung 31, der Gajdar-Straße 6, der Thälmann-Straße 6. Opfer unter der friedlichen Bevölkerung konnten vermieden werden.

Einwohner der besetzten Mariupol teilen mit, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte im Zusammenhang mit der Verbreitung von Gerüchten über einen baldigen Angriff der Streitkräfte der DVR massenhaft Zivilkleidung kaufen, um im Fall einer Eskalation der Lage ihre Zugehörigkeit zu den ukrainischen Streitkräften nicht zu erkennen zu geben und sich unter den Zivilisten zu verbergen.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass der moralisch-psychische Zustand des Personals des 501. Bataillons der 36. Marineinfanteriebrigade als niedrig zu charakterisieren ist, weswegen die Soldaten nicht die Absicht haben, ihre Verträge mit den ukrainischen Streitkräfte zu verlängern. Es wurde festgestellt, dass das Personal des Bataillons derzeit 352 Mann zählt (was geschätzt 73% des Normalbestands ausmacht), wovon etwa 300 Soldaten die ukrainischen Streitkräfte verlassen wollen. So wird im April/Mai 2017 der Bestand an Personal nicht mehr als 20% betragen.

De.sputniknews.com: Ukraine stellt Russland Bedingung für Teilnahme an ESC

Die Ukraine hat Russland eine Bedingung für dessen Teilnahme an dem Eurovision Song Contest (ESC) gestellt. Demgemäß muss das Land laut Vize-Premier Wjatscheslaw Kirilenko die Sängerin Julia Samojlowa durch einen anderen Kandidaten ersetzen, der „keine Probleme mit dem ukrainischen Gesetz“ hat.

„Natürlich sind wir bereit, alle 43 Teilnehmer-Länder des ESC zu empfangen, darunter auch einen Vertreter aus Russland. Russland kann einen Ausweg aus dieser Situation selbst finden, indem es einen Teilnehmer bzw. eine Teilnehmerin vorschlägt, der bzw. die keine Probleme mit dem ukrainischen Gesetz hat“, sagte Kirilenko im Gespräch mit dem Radiosender „Ukrainskoje Radio“.

Die ganze Situation um den Wettbewerb bezeichnete der ukrainische Politiker als Provokation seitens Russlands. „Das ist nur ein kleines Glied einer großen Kette von Provokationen und Handlungen, die auf eine Zuspitzung der Lage in der Ukraine gerichtet sind“, so Kirilenko weiter.

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hatte zuvor Samoilowa die Einreise in die Ukraine für drei Jahre verboten. Zur Begründung wies die Behörde auf einen „illegalen Auftritt der Sängerin auf der von Russland 2014 annektierten Halbinsel Krim“ hin. Kiew bestraft Reisen auf die Krim über russisches Gebiet mit Einreiseverbot in die Ukraine.

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Maroschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt kontrollierbar**.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **dreimal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von Donezkij, Kalinowka, Krutaja Gora.

Bei den Beschüssen wurden 120mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 120 Artilleriegeschosse, Mörsergeschosse und Granaten abgeschossen.

Nach uns vorliegender Informationen wurden nach den Explosionen im Arsenal im Balakleja an die Truppenteile in der „ATO“-Zone Anweisungen über die Notwendigkeit, beim **Munitionsverbrauch einzusparen**, ausgegeben.

Dies ist damit verbunden, dass von diesem Arsenal aus der Hauptteil der Munition in die „ATO“-Zone geliefert wurde.

Das verbrecherische Kommando der ukrainischen Streitkräfte unternimmt alle Anstrengungen, um das friedliche Leben in unserer Republik zu destabilisieren.

Nach vorliegenden Informationen sind aus dem Bestand der Soldaten des 1. mechanisierten Bataillons der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte einige Diversions- und Erkundungsgruppen gebildet worden, mit denen die Durchführung von Diversionsaktivitäten auf dem Territorium der Republik geplant ist.

In diesem Zusammenhang rufe ich alle Bürger auf, wachsam zu sein, über alle verdächtigten Personen und Objekte sofort die Polizei oder die Militärkommandantur zu informieren.

De.sputniknews.com: Hunderte Kämpfer kapitulieren im syrischen Homs

Mehr als 500 Kämpfer haben sich laut dem Gouverneur der syrischen Provinz Homs, Taljal Barasi, in einem Wohnviertel der gleichnamigen Stadt den syrischen Behörden ergeben. Demnach sollen sich die Kämpfer im Stadtviertel Al-Wajer den Behörden ergeben haben. Darüber hinaus habe eine erste Gruppe von Kämpfern und deren Familienmitgliedern am vergangenen Samstag die Stadt verlassen, so Barasi.

„Die zweite Gruppe wird am kommenden Montag aus der Stadt herausgeführt“, sagte der Gouverneur. Ursprünglich hätten die Kämpfer noch am heutigen Sonntag die Stadt verlassen

und sich nach Idlib begeben sollen. Doch die syrischen Strukturen, die die Kämpfer empfangen sollten, seien dafür nicht bereit gewesen.

Mitte März hatte Barasi mitgeteilt, dass die syrischen Behörden mit Unterstützung der russischen Seite eine langersehnte Übereinkunft mit den Kämpfern getroffen hätten. Diese sehe vor, dass die Kämpfer die Stadt binnen sechs bis acht Wochen allmählich verlassen. Der Befreiung von Al-Wajer wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Denn sobald die letzten bewaffneten Gruppierungen das Viertel verlassen haben, wird eine der größten Städte Syriens wieder unter der Kontrolle der Regierungsarmee stehen – wie es im Dezember 2016 in Aleppo der Fall war.

Dan-news.info: Eine Gruppe von Kindern aus der von den ukrainischen Truppen beschossenen Sajzewo bei Gorlowka hat heute die Attraktionen des Familienfreizeitzentrums „Funtura“ im Donezker Freizeit und Einkaufszentrum „Donezk-City“ besucht. Die Aktion fand mit Unterstützung des Verteidigungsministeriums der DVR sowie der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ und des gemeinnützigen Fonds „Wiedergeburt des Donbass“ statt.

Die Veranstaltung besuchten der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos Eduard Basurin, der Vorsitzende von Molodaja Respublika Nikita Kiosew, der Leiter des Fonds Dmitrij Awtonomow und der gesellschaftliche Aktivist Roman Troschin. Die Kinder kamen mit zwei Bussen in Begleitung der Leiterin der Ortsverwaltung von Sajzewo Irina Dikun.

„Wir haben beschlossen, heute für die Kinder aus dem frontnahen Sajzewo einen Festtag zu organisieren, denn sie leben an der Front und haben nicht solche Möglichkeiten, sich am Leben zu erfreuen, die wir nun versuchen ihnen zu geben. Ich hoffe, dass sie heute bei der Heimkehr nach Hause anders auf die Situation sehen werden, die entstanden ist. Die Kinder werden wissen, dass sie nicht im Stich gelassen und vergessen sind“, sagte Basurin zu Journalisten.

Insgesamt besuchten 52 Kinder zwischen 6 und 12 Jahre das Familienfreizeitzentrum. Dikun sagte im Gespräch mit Journalisten, dass keiner von ihnen zuvor schon im „Donezk-City“ war.

„Ich war hier noch nie, aber es ist sehr schön, mir gefällt es sehr. Hier gibt es viel Interessantes“, berichtete die Schülerin Irina aus Sajzewo von ihren Eindrücken des Ausflugs.

Die Kinder konnten mehrere Stunden lang kostenlos alle Attraktionen benutzen. In der gesamten Zeit begleiteten sie Animatoren von „Funtura“. Außerdem wurde für die Kinder ein Besuch des Kinos Multiplex organisiert, das auch in dem Einkaufs- und Freizeitzentrum liegt. Nach Angaben der Organisatoren werden solche Aktionen in Zukunft wöchentlich stattfinden. Zuvor war in dieser Woche berichtet worden, dass 30 Schüler aus Sajzewo eine Exkursion in den Donezker Botanischen Garten unternommen haben.

De.sputniknews.com: Nicht genehmigte Demo in Moskau: Tausende Teilnehmer – fünf Festnahmen

Die Moskauer Polizei hat am Sonntag mehrere Menschen bei einer behördlich nicht genehmigten Demo im Stadtzentrum festgenommen. Ihnen wird Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorgeworfen. Nach Angaben der Polizei nehmen mehr als 7000 Menschen an der Aktion teil. Unter den Festgenommenen ist auch Kreml-Kritiker Alexej Nawalny.

Die Moskauer Stadtregierung hatte zuvor Nawalnys Antrag auf eine Kundgebung im Stadtzentrum abgelehnt und den Sokolniki Park sowie mehrere weitere Standorte außerhalb des Stadtkerns angeboten. Dennoch marschierten am Sonntag Hunderte Aktivisten auf der zentralen Twerskaja-Straße auf.

„Auf der Twerskaja-Straße und anliegenden Territorien befinden sich zwischen 7000 und

8000 Menschen“, teilte das Moskauer Polizeipräsidium mit. Die Sicherheitskräfte nahmen bislang nach eigenen Angaben sechs Personen fest, die verschiedene Spruchbänder trugen. Nach Polizeiangaben haben Unbekannte auf dem Puschkin-Platz Pfefferspray in der Menge versprüht. Nach ihnen werde derzeit gefahndet.

Der Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten Wladimir Putin hat nach eigenen Angaben Vertreter zum Ort der Demo entsandt, der mögliche Konflikte zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften verhindern soll.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31504/43/315044359.jpg>

Rusvesna.su: Nawalny wurde bei einer nicht genehmigten Kundgebung festgenommen
Alexej Nawalny wurde bei der Momontowksi-Gasse in Moskau auf dem Weg zu den Teilnehmern der nicht genehmigten Kundgebung festgenommen. Dies berichtet der Korrespondent von rusvesna vom Ort des Geschehens.

Der Polizeiwagen mit Nawalny konnte vom Ort der Verhaftung wegfahren, gefolgt von einer Menschenmenge.

Der Leiter des Stabes von Nawalny Leonid Wolkow prognostizierte bereits eine Haft von 15 Tagen und erklärte, dass „selbst wenn Nawalny 15 Tage inhaftiert bleibt, dann erholt er sich lediglich, die Reisen zu den Stäben werden sie nicht verhindern.“



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/zaderzhanie_navalnyy.jpg?itok=W386Ygeg

Rusvesna.su: In Sankt Petersburg warfen Demonstranten eine Rauchbombe auf die Polizei Teilnehmer einer nicht genehmigten Kundgebung auf dem Schlossplatz in Sankt Petersburg gingen zur offenen Konfrontation mit der Polizei über.

Es wird berichtet, dass einer der Protestierenden eine Rauchbombe auf Polizisten warf.

Der Werfer wurde festgenommen. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei nehmen indes immer bedrohlichere Ausmaße an.

Die Menge der Demonstranten bewegt sich vom Schlossplatz zur Isaak-Kathedrale.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/miting_piter_1.jpg?itok=pZ9KFu0f

Rusvesna.su: In Moskau versuchen die Demonstranten Barrikaden zu errichten
Die Teilnehmer der nicht genehmigten Demonstration in Moskau versuchen, improvisierte Barrikaden aus Holzpaletten zu errichten.
Der Strastnij-Boulevard ist blockiert, auf den die Demonstranten gelangen wollten.
Die Polizei nimmt weiter Verhaftungen vor.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/barikadye.jpg?itok=QqBmer-j

Tass.ru: Außenministerium von Belarus: Aktionen der Strafverfolgungsbehörden in Minsk waren völlig angemessen.

„Angesichts der Zunahme und der Erweiterung der territorialen Ausdehnung der terroristischen Bedrohung ist es für die Behörden wichtig, besonders wachsam zu sein und pro-aktiv zu handeln, anstatt anschließend 'Rache' zu üben, hieß es in einem Kommentar des Außenministeriums von Belarus.

„Das Recht der Bürger auf friedliche Versammlungen und Meinungsfreiheit ist in der Verfassung verankert“, sagte der Sprecher des Außenministeriums Dmitri Mirontschik. „Wenn aber am Ort der Ereignisse Autos mit Waffen auftauchen, sich Anarchie ausbreitet, dann kann man eine solche Aktion keine friedliche mehr nennen.“

Darüber hinaus glaubt das Außenministerium, dass es unter den Bedingungen des Wachstums und der territorialen Ausdehnung der terroristischen Bedrohung für die Behörden wichtig ist, besonders wachsam zu sein. „Das ist die Lehre, die wir aus den jüngsten Terroranschlägen in London, Berlin, Paris, Brüssel und Nizza gezogen haben“, sagte Mirontschik. „Das ist es, wovon die belarussischen Behörden sich am 25. März leiten ließen. Ihre Hauptaufgabe war es, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.“

Darüber hinaus hatte die gestrige Aktion nach seinen Worten keinen berechtigten Charakter. „Die Teilnahme an nicht genehmigten Aktionen bringt in jedem Land der Welt spezifische Konsequenzen mit sich. Und welches 'nicht-europäische' Verhalten könnten westliche Politiker an den Aktivitäten unserer Sicherheitsorgane beobachtet haben?“ - sagte der Diplomat. Laut Mirontschik wurden in Minsk gegen die Demonstranten weder Wasserwerfer noch Reizgas eingesetzt.

Die nicht genehmigte Kundgebung gegen die Politik der Behörden von Belarus am 25. März in Minsk war begleitet von aktiven Maßnahmen der Polizei und der Bereitschaftspolizei. Nach inoffiziellen Informationen verhaftete die Polizei etwa 300 potenzielle Teilnehmer am „Marsch der verärgerten Weißrussen“, die von der Nationalen Akademie der Wissenschaften durch die Innenstadt gehen sollten. Vorher geplant, aber nicht mit den Behörden koordiniert, war eine Prozession zu Ehren des 99. Jahrestages der belarussischen Volksrepublik (BNR), die jedoch nicht stattgefunden hat.



https://phototass1.cdnvideo.ru/width/744_b12f2926/tass/m2/uploads/i/20170326/4464376.jpg

Timer-odessa.net: In Minsk wird erneut protestiert. 20 Personen festgenommen
Eine Protestaktion gegen die gestrigen Festnahmen begann heute in der Hauptstadt Weißrusslands.

Dies berichtet der Fernsehkanal „112 Ukraina“ mit Verweis auf ihren eigenen

Korrespondenten.

„Ungefähr vor 30 Minuten begann in Minsk wieder eine Protestaktion. Buchstäblich 5 Minuten nach Beginn der Aktion kamen die Mitarbeiter der Bereitschaftspolizei, die zum Glück unbewaffnet waren. Wie gestern hatten sie keine Schilde. Zugleich kamen mehrere Polizeiwagen an, sie begannen die Menschen in die Autos zu laden. Richtig, man hatte die Menschen gewarnt, die Aktion sei nicht genehmigt. Nach ersten Schätzungen wurden etwa 20 Personen festgenommen“, berichtet der Korrespondent.

Wir erinnern daran, dass gestern, am 25. März, während des traditionellen Tags der Freiheit in Minsk etwa 200 Menschen festgenommen worden waren, unter ihnen eine Reihe von Führern der oppositionellen politischen Kräfte und gesellschaftlichen Organisationen.



http://timer-odessa.net/uploads/2017/03/v_minske_opyat_protestuyut_zaderjani_20_chelovek_2547.jpg

Rusvesna.su: Ein von Demonstranten verprügelter Polizist in Moskau ist auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben

Nutzer Sozialer Netzwerke berichten, dass der Polizist, der nach einen Tritt eines Protestierenden das Bewusstsein verloren hatte, mit gebrochener Halswirbelsäule ins Krankenhaus gebracht wurde, aber noch im Rettungswagen seinen Verletzungen erlag...

Rusvesna.su: Der Polizist, der während der Kundgebung in Moskau angegriffen und auf den Kopf geschlagen worden war, ist am Leben und liegt mit einem Schädel-Hirn-Trauma im Krankenhaus.

Der Polizist, der von Teilnehmern der nicht genehmigten Demonstration in Moskau geschlagen wurde, wurde mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht. Sein Tod, über den vorher berichtet worden war, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Beim Einsatz während der nicht genehmigten Veranstaltung wurde einem Angehörigen des zweiten operativen Regiments des russischen Innenministeriums von einem der Demonstrationsteilnehmer einen Fußtritt gegen den Kopf versetzt. Dabei erlitt der Polizist ein Schädel-Hirn-Trauma und wurde zur Leistung Erster Hilfe in eine medizinische Einrichtung gebracht, hieß es aus der Hauptstadt.

Nach Polizeiangaben hatten an der Veranstaltung zwischen 7000 und 8000 Personen

teilgenommen.

Mehrere Hundert Menschen wurden festgenommen, unter ihnen der berüchtigte

Oppositionelle Alexej Nawalny.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/TXQ599RD-Tw" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/TXQ599RD-Tw>

Abends:

De.sputniknews.com: Neue US-Sanktionen: Senator nennt Folgen für russische Verteidigungsfähigkeit

Die neuen Sanktionen der USA werden sich auf die Arbeit russischer Rüstungsfirmen auswirken, der Umsetzung der russischen Verteidigungspläne aber nicht im Wege stehen.

Dies sagte der erste Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus), Jewgeni Serebrennikow.

„Wenn wir ehrlich sind, werden sich die Sanktionen nicht sehr gut auf die Möglichkeiten unseres Rüstungsexports auswirken“, sagte Serebrennikow. Das heiße, dass die russischen Wissenschaftler noch intensiver arbeiten müssen. „Das schmerzt sehr und ist sehr unangenehm, aber wir werden schon einen Weg finden, um die Pläne zur Verstärkung unserer Verteidigungsfähigkeit umzusetzen.“

Am vergangenen Samstag hatte Washington neue Sanktionen gegen acht russische Firmen verhängt. Betroffen sind unter anderem das staatliche Rüstungsunternehmen Rosoboronexport sowie Zivilluftfahrt-Firmen und Ausbildungszentren für Piloten. Die US-Behörden begründeten die Entscheidung mit dem Gesetz über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Syrien, den Iran und Nordkorea betrifft. Was genau den russischen Firmen vorgeworfen wird, hat man im US-Außenministerium jedoch nicht präzisiert.

Laut einen Vertreter der US-Behörde haben die neuen Sanktionen jedoch mit den breiteren wirtschaftlichen Restriktionen, die 2014 nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland eingeführt wurden, nichts zu tun.

Lug-info.com: Die Mitglieder des Integrationskomitees „Russland – Donbass“ planen, in jedem Quartal eine Sitzung durchzuführen. Dies teile heute einer der Mitglieder des Komitees, der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR, der Vorsitzende der republikanischen Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft Oleg Kowal mit.

Die Gründungssitzung des Komitees fand am 17. März auf der Krim statt, zu den Mitgliedern gehören Vertreter der Republiken des Donbass und Russlands, die einstimmig für die Gründung des Komitees stimmten.

De.sputniknews.com: Ukrainischer Kampfhelikopter im Donbass abgestürzt

Ein Kampfhubschrauber vom Typ Mi-2 der ukrainischen Streitkräfte ist bei Kramatorsk im Gebiet Donezk abgestürzt. Vermutlich wurde eine Hochspannungsleitung der Maschine zum Verhängnis, wie das Pressezentrum der militärischen Operation im Donbass auf Facebook mitteilte.

Der Unfall ereignete sich demnach unweit der Ortschaft Malinowka.

„Nach vorläufigen Angaben ist das Luftfahrzeug nach der Kollision mit einer Stromleitung abgestürzt“, heißt es in dem Facebook-Beitrag.

An der Unglücksstelle arbeiten derzeit Experten, die die Absturzursachen ermitteln sollen.

Derzeit gibt es noch keine offiziellen Informationen über Tote oder Verletzte.